

Alternativen zur globalen Ungerechtigkeit

Von Sandino und Farabundo Martí bis Porto Alegre II

Ende Januar/Anfang Februar fand in Porto Alegre das zweite Weltsozialforum statt. Es steht in der Tradition jener – sehr vielfältigen Kräfte –, welche sich die Suche nach Alternativen zur Unterdrückung und Ausbeutung der Völker zum Ziel gesetzt haben. Ein Blick zurück und ein Blick auf Porto Alegre II.

Text: Sergio Ferrari
Übersetzung: Joseph Oggier

Die Reise nach Porto Alegre, um an der zweiten Auflage des Weltsozialforums teilzunehmen, bedeutet nicht einfach an einer internationalen Übereinkunft mehr zusammenzukommen. In Porto Alegre teilzunehmen bedeutet, ein so einfaches wie tiefgründiges Konzept zu alimentieren, skizzieren, davon zu träumen: Alternativen.

Es vergeht kein einziger Tag, ohne dass sich SprecherInnen der internationalen Finanzinstitute oder der Regierenden der reichen Länder des Nordens über das Fehlen von Alternativvorschlägen seitens der sozialen Bewegungen auslassen. Dieses offensive Argument war in den letzten fünf Jahren verstärkt zu hören, um dem Hoch des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung, von Genf über Seattle und Prag bis Genua, entgegenzuwirken.

Die Konzeptualisierung und die Logik des Aufbaus von Alternativen basiert auf drei Schlüsselhypothesen:

1. Es gab immer schon Alternativen, aber...

Ein historischer Blick denunziert eine erste zentrale Schwäche des herrschenden Diskurses, der den Völkern stets die Möglichkeit eigener Alternativen negierte. Alternativvorschläge existierten weltweit zu verschiedensten Zeitpunkten der Geschichte der Menschheit. Die Befreiungsversuche in Lateinamerika zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts (Sandino, Farabundo Martí u.a.m.) standen bereits für andere Modelle ein als jenes mit dem Knüppel, das von Washington gefördert wurde. Die Antwort darauf: Invasionen und militärische Besetzungen.

Jahre später markierte auf demselben Kontinent das nationale Engagement für ein Modell der Importsubstitution durch die Entfaltung der eigenen Produktionskapazitäten eine innovative Phase in Argentinien, Mexiko, Brasilien etc. Diese Initiativen wurden durch Militärputsche und repressive Diktaturen begraben – wenn sie nicht gar durch Massaker ihr blutiges Ende fanden.

Weitere Wellen der Erneuerung, sei es im Kuba der Bärtigen, im Chile Salvador Allendes (1970), im Argentinien Héctor Cámporas (1973) oder im sandinistischen Nicaragua (1979-1990), wurden mit allen Mitteln zunichte gemacht, es wurde blockiert, interveniert, attackiert...

Prozesse mit echtem Potenzial an Alternativen brachen auch im postkolonialen Asien an, im

Afrika der Unabhängigkeit, in gewissen internationalen Initiativen (wie der Blockfreienbewegung), in einigen innovativen Konzepten wie jenem der neuen Ordnung der internationalen Information, gar in einigen UNO-Institutionen. Die Mächtigen erlaubten es ihnen nie, sich zu entwickeln und ihre Durchführbarkeit historisch unter Beweis zu stellen. Im vergangenen Jahrzehnt wurde der zapatistische Ansatz der Neuformulierung der Politik, ausge-



hend vom indigenen Sektor und der Zivilgesellschaft, von den Mächtigen belagert.

2. Das herrschende Modell: keine Alternative für alle

Trotz seines triumphalistischen und aggressiven Diskurses ist es das herrschende Modell, das täglich seine Unfähigkeit zeigt, eine Alternative eines würdigen Lebens für die ganze Menschheit auf einem ökologisch lebensfähigen Planeten zu ermöglichen. Über ein Fünftel der Bevölkerung "lebt" in völligem Elend, mit weniger als einem Dollar pro Tag, zwei Drittel der Weltbevölkerung befinden sich unter der Armutsgrenze. Täglich werden mehr Menschen marginalisiert.

3. Immer mehr Alternativen

Wie der belgische Theoretiker und Aktivist François Houtart in einem Interview für die Schweizer Zeitung "Le Courrier" im Juni 2000 erklärte, existieren zwei zentrale Visionen von Alternativen. Einerseits die "neo-keynesianische", die den Kapitalismus zu humanisieren versucht (Alternative innerhalb des Systems), andererseits die "post-kapitalistische", welche eine grundlegende Transformation (Alternative zum System) anstrebt. Diese zweite spricht von der Delegitimierung der gegenwärtigen Organisa-

tion der Wirtschaft, da diese den Individuen und Völkern der Erde die wichtigsten materiellen Lebensgrundlagen nicht zu garantieren vermag.

Die theoretische Sichtweise der tiefgründigen Veränderung, wodurch eine konkrete Alternative glaubwürdig wird, muss nicht nur der Praxis standhalten, sondern auch Teil einer Gesamtheit längerfristiger Optionen des Wandels sein, der einzigen Rückversicherung, um nicht vom System eingeholt zu werden. Dieser lange Weg des Aufbaus wird nicht automatisch und ohne Konflikte erfolgen. Die Globalisierung des Widerstands und der Kämpfe, von weiten Teilen der Anti-Globalisierungsbewegung ausgerufen, basiert auf der Gewissheit, dass das herrschende Modell nur angesichts der Vervielfachung des sozialen Druckes nachgibt und Zugeständnisse macht.

Das Zusammenfließen der weltweit verschiedensten Sektoren, welche ihre eigenen Konzepte, Erfahrungen und Alternativen einbringen, stellt bereits einen qualitativen Sprung in der Globalisierung des Widerstandes dar. Wenn Porto Alegre 2001 als "Anti-Davos des Südens" entstand, so nimmt Porto Alegre 2002, gestärkt als "Internationale der Fragmente", eine eigene neue Identität vorneweg, die vielmehr in der Suche von Alternativen von unten verankert ist.

Um die Schaffung von Alternativen in Angriff zu nehmen, ist es wichtig, theoretische Diskussionen zumindest auf zwei Ebenen zu führen. Die (langfristige) Strategie ist die Ebene der notwendigen und realisierbaren Utopie. In den sechziger und siebziger Jahren drückte sich diese Utopie für viele nationale Befreiungsbewegungen in der Schaffung des "Neuen Menschen" aus. In der Gegenwart und Zukunft wird die Schaffung eines "Neuen Systems" den Referenzpunkt bilden. Diese Konzepte sind überhaupt nicht gegensätzlich, praktisch ähnlich, kaum unterschiedlicher Schattierung. Die Konzeptualisierung dieser langfristigen Perspektive wird die Unterschiede zwischen jenen, die bloss Verbesserungen innerhalb des Systems anstreben, und jenen, welche den Kapitalismus selbst verändern möchten, aufzeigen. Die kurzfristigen Alternativen, welche die Zeitspanne von heute bis in einigen Jahren oder Jahrzehnten umfassen, gehen aus einem Sammelsurium an Praktiken auf den verschiedensten Flecken der Erde hervor. Dem Austausch und der Sozialisation fallen dabei eine Multi-

plikatorfunktion zu, sie sorgen für eine konzeptuelle Bereicherung und oftmals sind sie Auslöser neuer Alternativen in anderen Weltregionen.

Eine erste Formulierung dieser praktischen Alternativen führt über eine Serie von BürgerInneninitiativen, die mehr und mehr einen direkten Einfluss auf die Konsolidierung des kollektiven Gewissens ausüben. Das Schuldentribunal Brasiliens (im September 2000) und die kürzlich von der Front gegen das Elend in Argentinien durchgeführte Volksbefragung (vom 13. - 15. Dezember 2001), woraus absolut realistische Optionen gegen die Arbeitslosigkeit und für eine Sozialversicherung hervorgingen, die Konsolidierung der indigenen Machtausübung in den indigenen Gemeinden in Chiapas, das neuartige Experiment des Partizipativen Budgets in Porto Alegre und Rio Grande do Sul, um einige Beispiele zu nennen, zeigen gangbare Wege auf, die eine verbesserte Koordination und verstärkten internationalen Druck erfordern.

Die Einstellung der Schuldenzahlung der Länder des Südens wandelt sich, angetrieben durch breite weltumspannende Netzwerke, zu einem zunehmend aktuelleren Vorschlag. – Auf dieselbe Weise wie die Erhebung einer Steuer auf den internationalen Finanztransaktionen zugunsten der Ärmsten des Planeten, wie sie ATTAC fordert. Dieser Vorschlag, der bis vor kurzem über keine festen SprecherInnen verfügte, wurde in den letzten drei Jahren zu einem Diskussionsthema selbst auf Parlaments- und Regierungsebene vieler Staaten. Und die Forderung stärkt den Vorschlag der Schaffung eines Fonds für eine "alternative Entwicklung", gespiesen aus verschiedenen Quellen, einschliesslich der Senkung der Militärausgaben, der Wiedererlangung von im Norden unerlaubterweise angehäuften Gütern, die aus dem Süden stammen, etc.

Bestimmte Formen des neuen Steuerwesens bereichern die Alternativen kurzfristig. Zum Beispiel die mögliche Erhebung einer ausserordentlichen Steuer von 10% auf dem Vermögen der reichsten 10% jeden Landes des Südens, um damit soziale Projekte, die Agrar- und Stadtreform zu realisieren oder einfach die Binnenproduktion neu zu lancieren. Ein zur Diskussion stehender Vorschlag ist die Stärkung der regionalen Süd-Süd-Abkommen sowie die Neudefinition der protektionistischen Politik betreffend der Produkte des Nordens. All dies, um die nationale Produktion zu schützen und fördern, auf dem Gebiet der Landwirtschaft, um in der Verteidigung der Nahrungsmittelsouveränität voranzukommen, was die Neudefinition der gegenwärtigen Priorität des Agroexports der peripheren Nationen beinhaltet.

All dies sind einfache Beispiele einer täglich reichhaltigeren alternativen Praxis, Konzeptualisierung sowie Förderung von Vorschlägen. Die Wirklichkeit stellt sich klar dar: Die Alternativen existieren und werden sich vervielfachen. Die Räume für Zusammenkünfte wie das Weltsozialforum in Porto Alegre nehmen in dieser Dynamik entscheidende Bedeutung an. Dies nicht nur als Platz des Austausches, sondern auch der Überzeugung. Die Suche und Umsetzung verschiedener Vorschläge und letztlich eines alternativen Modells birgt keine grosse Geheimnisse in sich. Sie hängt vor allem von der Zeit, der Kreativität und dem politischen Willen der sozialen Gruppen ab. – Mit der Gewissheit, dass bereits die simple Tatsache, in

einem historischen wie dem gegenwärtigen Moment an Alternativen zu denken, revolutionär ist.

Porto Alegre 2002

Wenn die Menge, Vielfalt und Dynamik der Debatte Synonym für Erfolg wären, so wäre das zweite Weltsozialforum für seine PromotorIn-



nen, vor allem die brasilianischen OrganisatorInnen, rundum als Erfolg zu werten. Die über 15'000 Delegierten aus 123 Ländern, die sich in der Hauptstadt des Staates Rio Grande do Sul einfanden, die 613 anwesenden ParlamentarierInnen und die Grossdemonstration mit über 40'000 TeilnehmerInnen zu Beginn des Forums am 31. Januar sowie die 20'000 Personen an der Kundgebung gegen das Freihandelsabkommen der Amerikas (ALCA) sind Indikatoren für die stets steigende Partizipation.

Niemand kann diesem zweiten Weltsozialforum absprechen, sich zur reichhaltigsten – Reflexion und Debatte beinhaltenden – Zusammenkunft der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung seit ihrer Entstehung Mitte vergangenen Jahrzehnts entwickelt zu haben. Fünf Tage dauerte das zweite Weltsozialforum, gespickt mit intensiven Debatten, Veranstaltungen und Kundgebungen der unterschiedlichsten Art.

Auf 27 zentralen Konferenzen wurde über verschiedene bedeutungsvolle Themenbereiche debattiert, die vom Welthandel und der solidarischen Produktion sowie Kommerzialisierung bis zur Verschuldung oder der Steuer auf Finanztransaktionen reichten. Es sollten Schlussfolgerungen (möglichst mit Vorschlagscharakter) resultieren, welche die Debatte zusammenfassen und einen konzeptuellen Fortschritt bringen.

Die Weltversammlung der sozialen Bewegungen formulierte neun Prinzipien und rief weltweit zu 19 Mobilisierungen im Jahr 2002 auf. Darunter befinden sich verschiedene Gegenveranstaltungen, die parallel zum Gipfel der Staatschefs in Madrid und Sevilla im Mai und Juni, zum Welternährungsgipfel in Rom im Juni und zum Gipfel der europäischen Staatschefs in Dänemark Ende Jahr durchgeführt werden sollen.

Verschiedene Beschlüsse wurden gefasst: Das Weltsozialforum 2003 wird wieder in Porto Alegre stattfinden, eine gemeinsame Agenda der internationalen Aktivitäten soll vorangetrieben, zwischen September 2002 und März 2003 ein kontinentales Plebiszit gegen ALCA abgehalten

werden, das Verdikt des internationalen Schuldentribunals gegen die Schulden der öffentlichen Hand des Südens. Und – von besonderer Bedeutung: Es wurde ein gemeinsames Schlussdokument sämtlicher anwesender sozialer Bewegungen verabschiedet, das die Überschrift "Widerstand gegen den Neoliberalismus, den Militarismus und den Krieg: für den Frieden und die soziale Gerechtigkeit" trägt. Auf knapp zwei Seiten steht unter anderem geschrieben: "die Vielfalt ist unsere Stärke", "wir konstruieren ein alternatives System" und dass die gegenwärtigen Anstrengungen der Fortsetzung des Kampfes gegen den Neoliberalismus und den Krieg gelten.

Die Verurteilung des Plans Kolumbien, des Plans Puebla-Panama und sämtlicher Blockaden, insbesondere jener gegen Kuba, sowie der nord-amerikanischen Einmischung markieren die Position des Dokumentes, das neun zentrale Punkte enthält: das Recht auf Kenntnis und Kritik der Regierungsentscheide, die Streichung der Aussenschuld, den Kampf gegen die internationalen Finanztransaktionen (Tobin-Steuer) und die Verteidigung des Rechtes auf Information.

Das Dokument erwähnt auch die Rechte der Frauen gegen Gewalt, Armut und Ausbeutung, sieht sich mit Krieg und Militarismus konfrontiert, indem es die soziale Autonomie der Jugendlichen unterstreicht und spricht sich für die Selbstbestimmung der Völker aus. Was Europa betrifft, so befürworten die sozialen Bewegungen ein demokratisches und soziales Europa, basierend auf den Bedürfnissen der ArbeiterInnen und der Völker, was die Solidarität und Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostens und Südens einschliesst.

Diese Ergebnisse führten beinahe zu einer gewissen Euphorie unter den PromotorInnen und TeilnehmerInnen, welche darin ein glückliches Ende der intensiven organisatorischen Vorbereitungen sahen. Das Amphitheater mit einem Fassungsvermögen von 5300 Sitzplätzen war übervoll. Farben, Parolen, Fahnen und kurze Reden räumten den Emotionen ihren Platz ein. Im weiteren beschlossen die Delegierten des Weltsozialforums, noch vor Ablauf dieses Jahres ein Treffen in Palästina zu organisieren, die Foren der ParlamentarierInnen nach geographischen Regionen zu dezentralisieren, die Realisierung eines Vor-Weltsozialforums in Italien und einigten sich auf einen gemeinsamen Kalender der Anti-Globalisierungsbewegung.

Für Eric Decarro, Präsident des VPOD, stellt dieser Geist des Austausches und der Begegnung mit Hunderten anderen GewerkschaftsführerInnen aus aller Welt – und dies im Süden – einen zentralen Punkt in seiner persönlichen Bilanz dar: "In Brasilien ist mir bewusst geworden, dass die negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung für die Völker des Südens viel zerstörerischer sind als ich es mir vor dieser Reise vorstellte."

Mit Beendigung des zweiten Weltsozialforums und dem Aufruf für das dritte taucht die Frage nach dem "Wie weiter?" mit diesem Treffen wieder verstärkt auf, das eine Vielfalt an unterschiedlichen AkteurInnen und politisch-ideologischer Ausrichtungen zusammenbringt.

Bis heute zeigte das Weltsozialforum eine gewisse Reife mit der Konvergenz in der Vielfalt. Ein erster Sieg für eine soziale Bewegung, die sicherlich noch nicht in der Lage ist, die wirkliche historische Bedeutung dieses Weltforums der Alternativen zu einschätzen.